

Wie wird der Kreis Steinburg zukunftsfähig?

Energiewende, medizinische Versorgung, öffentlicher Nahverkehr: Acht Vertreter von Parteien und Wählervereinigungen, die am 14. Mai für den Kreistag kandidieren, stellten sich in einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „5 vor 12“ im Itzehoer Café Schwarz den Fragen der Lokalredaktion von Norddeutscher Rundschau, Wilstersche Zeitung und Glückstädter Fortuna.

Ärzteversorgung: Mehr Nachwuchs, neue Konzepte



Kommunalwahl

Joachim Möller

Ärztemangel im Kreis Steinburg – wie kann der künftige Steinburger Kreistag gegensteuern? Gibt es einfache Rezepte? Einig waren sich die Kommunalpolitiker darin, dass ein Leben auf dem Land trotz der derzeitigen Ärzteversorgung immer noch möglich ist. Doch es muss an der Infrastruktur gearbeitet werden und es muss gelingen, mehr Ärzte in den Kreis zu holen.

Für die CDU liegt ein Problem darin, dass junge Ärzte sich mit eigenen Praxen nicht verschulden wollten, sondern lieber ein gesichertes Angestelltenverhältnis wählen. **Marko Förster**, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, möchte deshalb als Kreis einen Fonds auflegen, mit denen Jungmediziner unterstützt werden sollen. „Zudem könnten Dienstleister die Abrechnung für Ärzte übernehmen“, denn die überbordende Bürokratie sei ein weiteres Hemmnis zur Selbstständigkeit und Übernahme einer Praxis.

Finanzielle Anreize für junge Ärzte kann sich auch **Tobias Rückerl**, Vorsitzen-

der der FDP-Kreistagsfraktion, vorstellen. Ansonsten befürwortete der Liberale private Initiativen, bevor etwa das Klinikum Itzehoe mit medizinischen Versorgungszentren in die Fläche gehe. Notwendig sei außerdem ein verbessertes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr, um überhaupt zu den Ärzten zu gelangen.

Für den SPD-Kreisvorsitzenden **Lothar Schramm** ist es erforderlich, die Infrastruktur so auszubauen, „dass jeder zu seinem Arzt kommt“. Wie in Krempe könnten die Kommunen ihren Teil beitragen, indem sie dafür kämpften, dass entsprechende Gebäude zur Verfügung gestellt würden und dort Ärzte einzögen. Fahrdienste und Dorfkümmere könnten weiter einen erheblichen Bedarf abdecken und dafür sorgen, dass jeder zu seinem Arzt käme.

Als gutes Beispiel einer gelungenen Arztansiedlung nannte **Stefan Habermann** (Die Basis) die Gemeinde Hohenlockstedt, in deren Rathaus eine Arztpraxis eingezogen sei. „Öffentliche Räume können für kleines Geld zur Verfügung gestellt werden.“ Ansonsten sah er die Ärzteversorgung eher als Landesaufgabe und nicht als Aufgabe des Kreises.

Medizinische Versorgungszentren und auch



Auf dem Podium diskutierten (hinten, v.r.) Stefan Habermann (nicht im Bild), Jan Voigt, Tobias Rückerl, Marko Förster, Lothar Schramm, Heinrich Voß, Birgit Steup und Jens Köster, das Publikum hörte interessiert zu.

Foto: Anna Krohn

Bürgerbusse seien gute Ansätze, betonte **Jens Köster** von den Freien Wählern. Doch letztlich seien Ärzte der Bürokratie und einer schlechten Bezahlung ausgesetzt, und „da kann der Kreis nicht helfen“.

Für **Birgit Steup**, die für die Bürgerliste Steinburg kandidiert, sollte über die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren nachgedacht werden. Und sie hatte ein persönliches Beispiel für den Ärztemangel und dessen Auswirkungen parat: Ihr Augenarzt sei nicht in Glückstadt, wo sie wohne, sondern in Itzehoe, weil sie sonst ein halbes Jahr auf einen Termin habe warten müssen. „Aber es kann doch nicht sein, dass ich so lange auf eine Brille warten muss.“

AfD-Vertreter **Jan Voigt** plädierte dafür, gemeinsam

einen Weg zu finden, „um Jungärzten das Leben auf dem Land schmackhaft zu machen“. So könnten junge Ärzte finanziell im Studium unterstützt werden, die sich dann im Gegenzug verpflichteten, eine bestimmte Zeit im Kreis Steinburg zu praktizieren.

Heinrich Voß, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag, hatte erst einmal „eine gute Botschaft“: Es gebe im Kreis mit dem Klinikum ein fachlich gutes Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft. Als Beispiel einer Hilfe von Kreis und Kommunen blickte er in den Nachbarkreis Dithmarschen, wo Gemeinden Ärztehäuser gebaut hätten, die als Genossenschaft betrieben würden und Ärzte anstellten. Auch den Ausbau von medizinischen Versorgungszentren hält er für sinnvoll.

Ohne Auto geht's nicht

ITZEHOE Der ÖPNV ist in den vergangenen Jahren deutlich verbessert worden. Doch ohne Auto wird es auch künftig nicht gehen. In dieser Frage herrschte Konsens zwischen den Teilnehmern. „Unmotorisiert ist unrealistisch“, sagte **Birgit Steup** von der Bürgerliste Steinburg. Statt eigenes Auto seien jedoch auch Carsharing und Bürgerbusse eine Alternative.

Ähnlich sieht es **Marko Förster** (CDU), er plädierte aber dafür, Autos, Radwege und ÖPNV gemeinsam im Blick zu haben und nicht nur auf eines zu setzen. Ohne Auto sei es schwierig, mussten auch **Tobias Rückerl** (FDP), und **Jan Voigt** (AfD) zugeben. Rückerl lobte je-

doch gleichzeitig den ÖPNV, der sich deutlich verbessert habe.

Lothar Schramm (SPD) kann sich ein Leben ohne eigene Motorisierung auf dem Land ebenfalls nicht vorstellen, brachte neben Carsharing und Dorpsmobil auch E-Bikes ins Gespräch.

Unterschiedlich sahen die Teilnehmer den öffentlichen Personennahverkehr. Für **Jens Köster** (Freie Wähler) ist er „eine Vollkatastrophe“, **Heinrich Voß** von den Grünen lobte hingegen die deutliche Ausweitung des Fahrplans in jüngster Zeit. **Stefan Habermann** (Die Basis) wünschte sich mehr Flexibilität bei den Bussen, hier könnten stellenweise kleinere eingesetzt werden. jo

Energiewende: Kreis kann etwas beitragen

ITZEHOE Dass der Klimaschutz und die Energiewende im neuen Kreistag eine große Rolle einnehmen werden, machten alle Kommunalpolitiker deutlich. Wenn auch die großen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene getroffen werden, so kann nach Meinung der Teilnehmer der Kreis seinen Teil dazu beitragen.

„Als Kreistag können wir Neubauten wie das neue Kreishauses energieeffizient bauen lassen und Dächer für Solarenergie vorbereiten“, betonte der FDP-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, **Tobias Rückerl**. Innerhalb des Möglichen müssten zudem Rahmen geschaffen werden, um Energie für Bürger und Unternehmen bezahlbar zu halten.

Bezahlbare Energie ist auch für den AfD-Spitzenkandidat **Jan Voigt** notwen-

dig. Seine Partei spricht sich für einen Energie-Mix aus, Wind und Solar allein könnten den Energiebedarf nicht decken. Neue Technologien seien notwendig, auch der Atomstrom zählt für Voigt zum notwendigen Mix.

Die kommunalen Liegenschaften klimaneutral gestalten, Izet, Isit und Batterieforschung in Itzehoe weiterentwickeln und die Wasserversorgung in kommunaler Hand behalten, fordert SPD-Kreisvorsitzender **Lothar Schramm**. Zudem regte er an, Bürger bei den Wärmepumpen zu entlasten und in Richtung Nahversorgung für ganze Gebiete zu gehen.

Wie Rückerl bescheinigt auch der CDU-Fraktionsvorsitzende **Marko Förster** dem Steinburger Kreistag, bereits eine gute Arbeit im Bereich der Klimaneutralität geleistet zu haben. So sei

Steinburg der erste Kreis in Deutschland mit der Auszeichnung „Energieeffizienzkreis“. Solardächer und energieeffiziente Neubauten habe auch die CDU auf der Agenda.

Heinrich Voß, Fraktionsvorsitzender der Grünen, sieht den Kreis auf einem guten Weg und nannte als Beispiel das Klimanetzwerk, das Kreis und Ämter gegründet haben. Der Kreis hätte jedoch noch mehr machen können, doch die von den Grünen geforderten Solarkataster und unbefristete Stellen für Klimakoordinatoren seien abgelehnt worden.

Den Bürger weniger belasten bei der Energiewende ist eine Forderung von **Stefan Habermann**, Spitzenkandidat der Partei Die Basis. Ansonsten sprach auch er sich dafür aus, kreiseigene Ge-

bäude energieeffizient zu bauen, gleichzeitig aber auch private Initiativen und Innovationen im Bereich Energiewende zu unterstützen.

Birgit Steup, Kandidatin der Bürgerliste Steinburg, will bei der Energiewende auch auf Wasserstofftechnologie setzen. Gleichzeitig betonte die Glückstädterin, dass Energie für die Bürger bezahlbar sein müsse. Um diese besser über alle Möglichkeiten zu informieren, sollte der Kreis Info-Broschüren herausgeben.

Die Freien Wähler haben sich nach Angaben von **Jens Köster** unter anderem die Förderung von Wasserstoffmobilität und vor allem -speichern auf die Fahnen geschrieben. Der Kreis selbst könne auf diesem Gebiet nur beschränkt helfen, hier seien Bund und Land mehr gefordert. jo

Auswahl auf dem Stimmzettel

KOMMENTAR



Delf Gravert
dgt@shz.de

Sie wählen nicht nur den Landrat, sondern entscheiden zum Beispiel auch darüber, wie die Müllabfuhr im Kreis organisiert wird, wie viele Mitarbeiter im Kreisbauamt Anträge bearbeiten und wie sich das Klinikum Itzehoe weiter entwickelt – Dinge, die eigentlich jeden Bürger früher oder später direkt betreffen. Die Rede ist von den Mitgliedern des Steinburger

Kreistags, dessen Zusammensetzung am 14. Mai neu gewählt wird.

Doch diese Ebene der Kommunalpolitik scheint von den meisten Wahlberechtigten eher etwas stiefmütterlich beachtet zu werden. Zu Unrecht, denn dort werden auch in den kommenden fünf Jahren wichtige Entscheidungen für die Region getroffen werden. Und gerade dort gibt es mit acht Parteien und Wählervereinigungen, die sich um Stimmen bemühen und durchaus unterschiedliche Schwerpunkte und Ausrichtungen haben, bei der Kommunalwahl tatsächlich etwas zu entscheiden. Es wäre wünschenswert, wenn das ehrenamtliche Engagement der Bewerber auch mit einer ordentlichen demokratischen Legitimation für den neuen Kreistag belohnt wird.